der Neueinstellungen durch direkte Anwerbungen seitens der Betriebe. Das Instrument, mit dem die Betriebe um Arbeitskräfte konkurrierten, waren monetäre Anreize in Form von Löhnen, Gehältern und Prämien. Die Höhe dieser monetären Einkommen hing neben den zentral fixierten Tarifsätzen von der Vorgabe betriebsspezifischer Normen und Kennziffern ab, die von den Betrieben wesentlich beeinflußt werden konnten. Diese Einflußmöglichkeit nutzten die Betriebe, um über den Tariflöhnen liegende Effektivlöhne zu zahlen und so bereits beschäftigte Arbeitnehmer an den Betrieb zu binden oder neue Arbeitskräfte anzuwerben. Die Betriebe waren zu dieser Lohndrift imstande, weil sie als Staatsbetriebe faktisch nicht in Konkurs gehen konnten. Liquiditätsabflüsse wegen überhöhter Lohnzahlungen wurden durch außerordentliche Kredite durch die Staatsbank finanziert. Als Resultat dieser unzureichenden finanziellen Disziplin der Betriebe verfügten die privaten Haushalte zwar über steigende Lohneinkommen, jedoch konnten sie damit lediglich wachsende Geldbestände ansammeln, denen kein genügend großes Konsumgüterangebot gegenüber stand.

Konsequenz waren Inflationstendenzen, die aber wegen der zentral-administrativen Fixierung der Güterpreise nicht offen zutage traten, sondern zurückgestaut wurden. Die Höhe dieses Inflationspotentials wird deutlich, wenn man sich den zusammengefaßten Bargeld- und Sichtgeldeinlagenbestand anschaut, der in der DDR etwa rund 113 % der Konsumausgaben betrug gegenüber nur etwa 27 % in der Bundesrepublik. Folge solcher Ungleichgewichte zwischen Kauf- und Warenfonds waren Konsumgüterrationierungen, die den Leistungswillen der Bevölkerung zerrütteten. Im Ergebnis hat damit die DDR-Sozialpolitik ihren selbst gestellten Anspruch, durch Vollbeschäftigung das Lebensniveau der Bevölkerung anzuheben, nicht erfüllt. Zwar konnte durch die formale Arbeitsplatzgarantie Sicherheit bei der Einkommensentstehung erzielt werden, dies wurde jedoch erkauft durch eine erhebliche Unsicherheit bei der Einkommensverwendung. Anders formuliert: Sinkende Risiken in Bezug auf den Arbeitsplatz wurden substituiert durch erhöhte Risiken bei der Konsumgüterversorgung, denn der Zugriff auf begehrte Konsumgüter hing – angesichts von Mangelwirtschaft und Rationierungen – von solchen Zufälligkeiten, wie Besitz von Westdevisen, Zugehörigkeit zur Nomenklatura oder anderen persönlichen Beziehungen ab.

Mein Fazit lautet: Vielleicht empfinden Wirtschaftssubjekte solche Risiken bei der Konsumgüterversorgung als noch unangenehmer als Risiken bei der Einkommensentstehung, gegen die ja zumindestens prinzipiell eine Absicherung in Form der Arbeitslosenversicherung möglich ist. Wenn dies zutrifft, dann muß das Versagen der Sozialpolitik als eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern der DDR angesehen werden. Vielen Dank.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Professor Vollmer. Ehe Herr Dr. Lubk das Wort ergreifen kann, will ich darauf hinweisen, daß Herr Professor Hockerts seine Ausführungen per Fax übermittelt hat, die wir Ihnen zur Verfügung stellen möchten (s. Anlage 8). Auf diese Weise können diese

Thesen nachher auch bei der Diskussion evtl. miteinbezogen werden. Herr Dr. Lubk bitte.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR ist nicht nur ein äußerst facettenreiches Thema, es ist auch ein Thema, was in den einzelnen Entwicklungsphasen der DDR eine unterschiedliche Bewertung verlangt. Die Arbeits- und Sozialpolitik ist aber auch ein Thema, bei der persönliche Erfahrungen, persönliche Sichten und die Bedingungen, unter denen sie gemacht worden sind, enorme Bedeutung haben.

Wer den gestrigen Tag die Diskussion verfolgen konnte, hat hier vielleicht am Vormittag gemerkt, wie unterschiedlich Sichten sein können. Aus der Sicht einer zentralen Planungsbehörde, aus der Sicht eines ehemaligen Generaldirektors oder auch aus der Sicht eines Absatzdirektors, stellt sich manches anders dar. Nun stellen wir uns die Erlebnissicht derer vor, die in einem Unternehmen Arbeiter oder Angestellte waren. Diesen Punkt halte ich für besonders wichtig. Ich möchte auch noch einmal auf die gestrige Diskussion zurückkommen, bei der an einer Stelle gefragt wurde: „Warum kümmern wir uns überhaupt um das, was gewesen ist? Schauen wir nach vorn“. Dieser Aspekt ist natürlich immer richtig. Aber ich denke, wenn man über die Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR spricht, muß man sich im Klaren darüber sein, daß es sich dabei um einen Herrschaftsmechanismus gehandelt hat, der freizulegen ist.

Die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dieser Zeit können in die heutige Diskussion einfließen. Es geht hierbei um die Aufgaben eines Staates, um den Stellenwert der Freiheit des Einzelnen und der Freiheitsgrade. Wenn ich an die Veränderungen denke, die sich in der Arbeitswelt ereignen, wenn ich an die Ängste denke, die damit auch verbunden sind, eröffnen sich viele Fragen. Ich spreche nur einmal dieses Problem der Zunahme sogenannter Nichtnormarbeitsverhältnisse an. Wir sind alle gewohnt, in diesen Bahnen zu denken, acht Stunden Arbeit ein Leben lang und möglichst auch noch in der gleichen Arbeit. Hieraus ergeben sich viele Fragen, die Menschen verunsichern. Verunsicherte Menschen fragen dann wiederum möglicherweise: Gibt es da nicht etwas anderes, was mir meine Angst nimmt? Und sie schauen auch manchmal zurück.

Deswegen halte ich dieses Thema für so wertvoll und bedeutsam, und ich bin daher auch sehr dankbar, daß hier die verschiedensten Erfahrungen eingebracht werden können.

Meine Erfahrungen versuche ich aus der Sicht der Arbeit in einem Institut einzubringen. Ich habe viele Jahre in Unternehmen Analysen auf dem Gebiet der Entgeltfindung, der Lohngestaltung durchgeführt. Dabei blieb es natürlich nicht außen vor, daß man sich mit all diesen Fragen, die heute hier auch zur Debatte stehen, befassen mußte. Ich bringe auch Erfahrungen ein als einer, der hier gelebt hat.